



Verbandsgemeinde
MONTABAU



Verbandsgemeinde Stromberg



Gemeinsame Erklärung

der Ministerpräsidentin Malu Dreyer sowie der
Kommunen der Initiative "Ich bin dabei!"

Bürgerengagement – einen Zukunftsfaktor für unsere Kommunen gemeinsam gestalten

Eine lebendige und vielfältige Gesellschaft lebt auch und gerade vom Bürgerengagement. Es fördert den sozialen Zusammenhalt, stärkt die Kraft der Selbstverantwortung und Bürgerbeteiligung und unterstützt das demokratische Gemeinwesen. Rund 1,6 Millionen Bürger in Rheinland-Pfalz engagieren sich ehrenamtlich.

Das bürgerschaftliche Engagement geschieht vor allem auf der Ebene der Kommune. Gute Rahmenbedingungen, Würdigung der Engagierten, notwendige Unterstützung durch die Kommunalverwaltung sind hilfreich und werden seit Jahren von der Landesregierung gefördert. Sie stärken das ehrenamtliche Fundament in vielen Bereichen der Sozial-, Jugend- und Freizeittätigkeit, im Sport, in der Kultur und in unseren Vereinen.

Mit der Initiative "Ich bin dabei!" wurde gemeinsam ein weiterer Schritt zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements unternommen. Sie zielt zum einen auf eine Struktur- und Strategieentwicklung der kommunalen Ehrenamtsförderung. Zum anderen steht sie für einen neuen Ansatz zur Gewinnung von Seniorinnen und Senioren, von jungen Alten, für ein freiwilliges Engagement.

Nachdem sich in der Initiative nun mit der 3. Staffel insgesamt 16 Kommunen beteiligt haben, sind sich die Unterzeichner einig, den begonnenen Weg nachhaltig weiterzuführen.

Erstunterzeichnung

Mainz, den 2. September 2015

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen erklären:

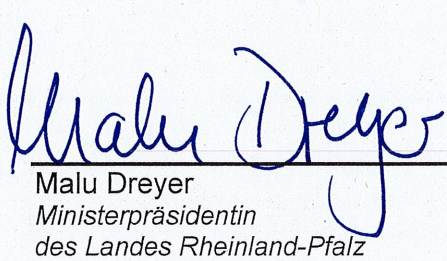
Unser Zusammenleben vor Ort ist wesentlich geprägt vom bürgerschaftlichen Engagement. Es kann nicht gezielt gesteuert, noch verordnet werden, jedoch braucht es fördernde Rahmenbedingungen, stärkende Anerkennung und Menschen gewinnende und unterstützende Begleitung durch Land und Kommune, um den vielen bei den Bürgerinnen und Bürgern schlummernden unerschöpften Potenzialen einen Raum zur Gestaltung zu geben. Dies ist für uns eine immer wichtiger werdende Zukunftsaufgabe.


Eine nachhaltige Wirkung unserer Förderung und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements gelingt umso mehr, je stärker der Austausch und die Vernetzung zwischen den Engagierten und ihren Gruppen sowie mit den unterstützenden Akteurinnen und Akteuren gestaltet wird. Dies zu organisieren, ist eine wichtige Aufgabe des Landes und der Kommunen.

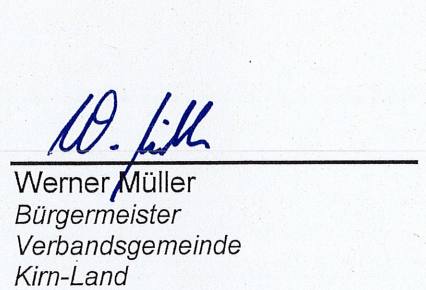
Wir wollen auch weiterhin voneinander lernen und miteinander wirken, damit der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen gute Anregungen für die eigene Entwicklung und Gestaltung vor Ort geben kann. Wir sind uns sicher: Es lohnt sich, weitere Städte, Gemeinden und Kreise für diesen Weg zu gewinnen.

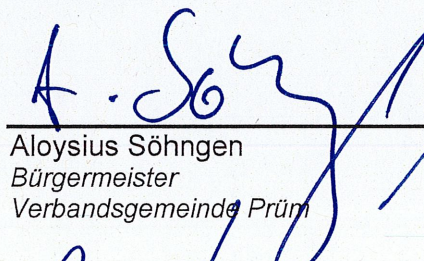
Wir stellen unsere Erfahrungen und Kenntnisse sowie Möglichkeiten der Kommunikation und Multiplikation für weitere Vernetzungen zur Verfügung. Wir bieten sie den anderen Kommunen in Form von "Amtshilfe" an und erhalten dabei Unterstützung durch das Land, beispielsweise in Form von Treffen der entstehenden Netzwerke, der Moderationsteams, der Projektgruppen themenfeldbezogen, sowie durch Ausrichtung von Fachkongressen im Rahmen der zeitlichen und sonstigen Möglichkeiten.

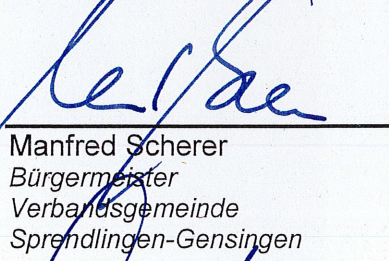
Erstunterzeichner
der
Gemeinsamen Erklärung

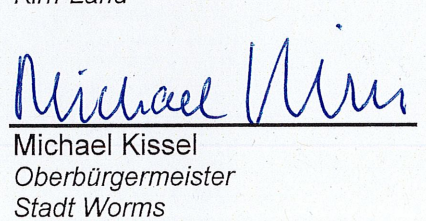

Malu Dreyer
Ministerpräsidentin
des Landes Rheinland-Pfalz

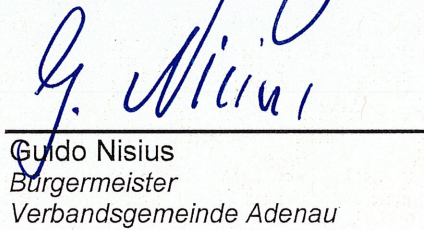

Dr. Walter Bersch
Bürgermeister
Stadt Boppard

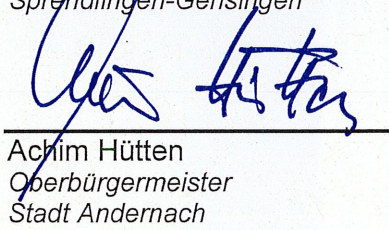

Werner Müller
Bürgermeister
Verbandsgemeinde
Kirn-Land

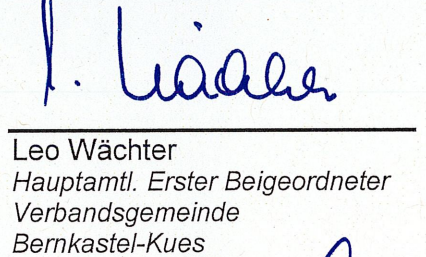

Aloysius Söhngen
Bürgermeister
Verbandsgemeinde Prüm


Manfred Scherer
Bürgermeister
Verbandsgemeinde
Sprendlingen-Gensingen

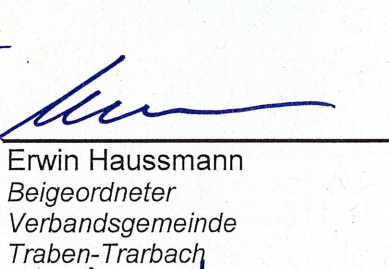

Michael Kissel
Oberbürgermeister
Stadt Worms


Guido Nisius
Bürgermeister
Verbandsgemeinde Adenau

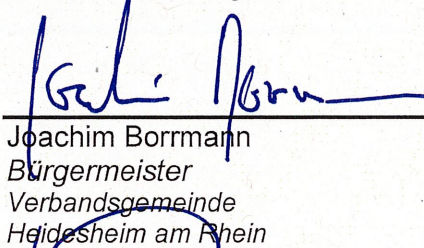

Achim Hütten
Oberbürgermeister
Stadt Andernach

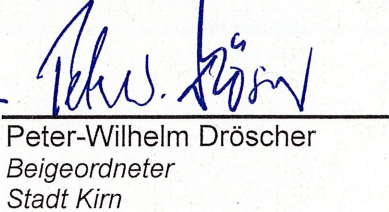

Leo Wächter
Hauptamtl. Erster Beigeordneter
Verbandsgemeinde
Bernkastel-Kues

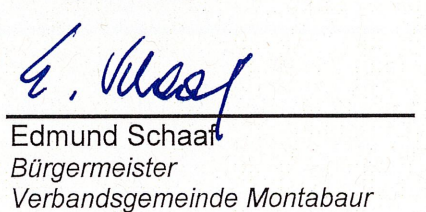

Harald Westrich
Bürgermeister
Verbandsgemeinde
Otterbach-Otterberg

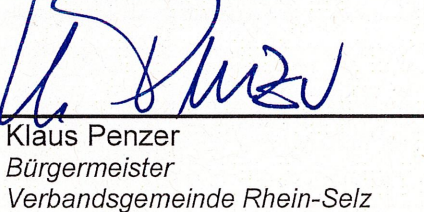

Erwin Haussmann
Beigeordneter
Verbandsgemeinde
Traben-Trarbach

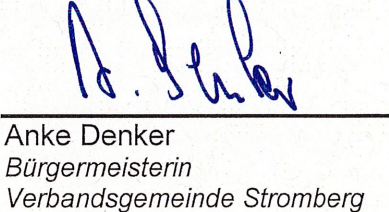

Jürgen Schmidt
Bürgermeister
Verbandsgemeinde
Bad Marienberg


Joachim Borrmann
Bürgermeister
Verbandsgemeinde
Heidesheim am Rhein


Peter-Wilhelm Dröscher
Beigeordneter
Stadt Kirn


Edmund Schaat
Bürgermeister
Verbandsgemeinde Montabaur


Klaus Penzer
Bürgermeister
Verbandsgemeinde Rhein-Selz


Anke Denker
Bürgermeisterin
Verbandsgemeinde Stromberg

Gisela Jakob

Wie lässt sich eine nachhaltige Engagementpolitik in den Kommunen sichern? – Zur Rolle von Kommunalpolitik, Verwaltung und Vereinen/Bürgergruppen

Vortrag bei der Tagung „Nachhaltigkeit der Initiative „Ich bin dabei!“ sichern“ am 2. September 2015 in der Staatskanzlei in Mainz

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Organisator/innen, Moderator/innen und Teilnehmerinnen der Initiative „Ich bin dabei!“,

zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die Veranstalter der heutigen Tagung und insbesondere an Herrn Nacke als Initiator der Initiative „Ich bin dabei!“. Ich freue mich sehr, heute bei Ihrer Tagung mit dabei zu sein und einen kleinen Beitrag zu einem nachhaltigen Gelingen Ihrer Initiative leisten zu können.

Ich bin sehr beeindruckt von den zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten und Projekten von Bürgerinnen und Bürgern, die im Zuge der Initiative in den letzten beiden Jahren entstanden sind und damit wertvolle Beiträge zum Zusammenleben in den jeweiligen Städten und Gemeinden erbringen.

Für diese Erfolgsgeschichte sind zwei Dinge ausschlaggebend: 1. das offene, aber begleitete Herangehen, mit dem Bürgerinnen und Bürger angesprochen wurden und ihre Ideen und Projekte umsetzen konnten. Und 2.: die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und die Einbindung des Projektes in eine kommunale Engagementstrategie. Beides sind bereits wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige Engagementförderung, auf die ich später noch ausführlicher eingehen werde.

Vorbemerkungen

Zuvor noch eine Bemerkung zu meiner Perspektive, unter der ich heute vortrage: Ich tue dies als Wissenschaftlerin, die sich seit langem mit verschiedenen Fragestellungen zum bürgerschaftlichen Engagement und dessen Förderung befasst hat. Ich habe in der Bundestags-Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ mitgearbeitet und in den letzten Jahren auch zu Fragen der lokalen Engagementförderung gearbeitet. Vor vier Jahren habe ich in Hessen – im Auftrag der LandesEhrenamtsagentur – eine Untersuchung durchgeführt, in der wir die Engagementförderung und Engagementpolitik in

ausgewählten hessischen Kommunen genauer betrachtet haben. In meine heutigen Ausführungen fließen also meine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten sowie auch die Erkenntnisse aus der Fachdebatte zu kommunaler Engagementpolitik ein.

Ich spreche im Folgenden von bürgerschaftlichem Engagement, wenn es um die zahlreichen Tätigkeiten geht, die Bürgerinnen und Bürger freiwillig, unentgeltlich oder vielleicht mit einer Auslagerstattung, gemeinsam mit anderen in Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden, Bürgergruppen und Initiativen erbringen. Sie tun dies, weil sie Spaß haben wollen, weil sie gemeinsam mit anderen etwas tun wollen oder weil sie sich verantwortlich fühlen. Die Beweggründe für ein Engagement sind unterschiedlich. Mit ihrem Handeln – im Wanderverein wie auch in der Flüchtlingsinitiative – gestalten und verändern die Bürger die Gesellschaft.

I. Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen

In den letzten Jahren hat sich in den Kommunen und in einzelnen Bundesländern – und dabei hat Rheinland-Pfalz sicherlich eine Vorbildfunktion – viel getan, um die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern. Die Länder haben neue Initiativen zur Engagementförderung ergriffen. Kommunalpolitik und –verwaltung sind neue Wege gegangen, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in ihrem Engagement zu unterstützen. Neben der klassischen Vereinsförderung sind Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Kontaktstellen für ehrenamtliches Engagement, Mehrgenerationenhäuser und Bürgerstiftungen entstanden. Neue Formen zur Anerkennung und Würdigung des Engagements wie die EhrenamtsCard, Dankesveranstaltungen u.a. sind etabliert worden. In einigen Kommunen haben sich Ansätze für eine politikfeldübergreifende Engagementpolitik herausgebildet (vgl. Bogumil/Holtkamp 2010).

So weit also die guten Nachrichten. Zugleich stehen die Kommunen aber vor neuen Herausforderungen in der Folge gesellschaftlicher Veränderungen: der demografische Wandel und die Alterung der Bevölkerung; eine stetig zurückgehende Wahlbeteiligung, die die Legitimität der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen in Frage stellt; ein gewachsenes Selbstbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern, die zwar nicht mehr zur Wahl gehen, die sich aber schnell zu einer Bürgerinitiative zusammenfinden, wenn sie mit kommunalpolitischen Entscheidungen nicht einverstanden sind. Hinzu kommt die Haushalts- und Finanzkrise, mit der viele Kommunen zu kämpfen haben: Haushaltssicherungskonzepte und Schuldenbremsen schränken die Handlungsspielräume der Kommunen massiv ein – und dies bei zunehmenden Aufgaben. Dieses Dilemma von wachsenden Aufgaben und unzureichenden Finanzen lässt sich gerade wieder gut beobachten, wenn es um die Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber geht.

Angesichts der offensichtlichen Notlagen haben Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Initiative ergriffen und unterstützen zahlreiche Flüchtlinge mit Patenschaften, Sprachkursen oder mit ihren Spenden. Dies steht für ein bürgerschaftliches

Engagement im besten Sinne des Wortes, das zugleich eine Gegenbewegung zu fremdenfeindlichen Äußerungen und Aktivitäten darstellt.

Dieses Engagement kommt aber mancherorts auch an seine Grenzen. Die engagierten Bürger fühlen sich allein gelassen von Politik und Verwaltung und überfordert mit den Aufgaben. In manchen Orten gibt es keine organisatorischen Strukturen, um die Bürger in ihrem Engagement zu unterstützen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die sehr selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger, die denken, sie wüssten schon, was für die Flüchtlinge gut ist, die sich „ihre“ Familie aussuchen und begleiten – jenseits dessen, dass es noch andere Hilfebedürftige gibt. Das gut gemeinte, aber manchmal auch auf Unkenntnis beruhende Engagement kann manchmal so weit gehen, dass die Flüchtlinge in Gefahr geraten: wenn etwa Bilder von politisch verfolgten Asylbewerbern ins Internet gestellt werden.

All dies verweist auf die Notwendigkeit eines **organisatorischen Rahmens** und einer **professionellen Freiwilligenkoordination** unter dem Dach der Kommune.

Und damit bin ich mitten in meinem heutigen Thema: einer nachhaltigen kommunalen Engagementpolitik. Ich werde im Folgenden einige Kriterien dafür herausarbeiten und greife dabei auch auf Konzept und Praxis der Initiative „Ich bin dabei!“ zurück, weil darin bereits Strukturen angelegt, die für eine nachhaltige Engagementförderung in den Kommunen wichtig sind.

II. Kriterien für eine nachhaltige Engagementpolitik in den Kommunen

1. Freiräume für eigene Initiativen und offene Anfänge

Eine wichtige Bedingung für den Erfolg der Initiative ergibt sich daraus, dass den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Engagementmöglichkeiten nicht vorgegeben werden, sondern dass sie in den Projektgruppen die Chance haben, eigene Ideen und Vorstellungen – anknüpfend an lokale Bedarfe – umzusetzen und dass sie in diesem Prozess begleitet werden. Mit der Zielgruppe der Bürger/innen in der nachberuflichen Phase wird davon ausgegangen, dass dies eine Personengruppe ist, bei der es ein Potenzial und auch einen Bedarf für neue Formen sinnhaften Handelns in dieser Lebensphase gibt.

Damit setzt die Initiative an Veränderungen an, wie sie in der Fachdebatte unter dem Stichwort **Strukturwandel des Engagements** gefasst werden. Zumindest für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger gilt, dass sie sich nicht mehr einfach einfügen wollen in Strukturen, die von Vereinen und Verbänden vorgegeben werden, sondern dass sie mit ihrem Engagement eigene Ideen verwirklichen wollen. Dafür braucht es eine lockere, wenig hierarchische und manchmal auch nur auf eine begrenzte Zeit angelegte organisatorische Struktur wie die Projektgruppen.

Der Strukturwandel des Engagements basiert auf gesellschaftlichen Veränderungen, die auch die Haltungen und Motive des Engagements verändert haben. Dienst und

Pflichterfüllung haben ihre Bedeutung als handlungsleitende Motive für ein Engagement verloren. Stattdessen spielen selbstbezogene Erwartungen und eigene biografische Erfahrungen eine größere Rolle. Ich selbst habe dies in meinen Untersuchungen zur Bedeutung eines ehrenamtlichen Engagement in der Lebensgeschichte als „biographische Passung“ bezeichnet (Jakob 1993). Menschen engagieren sich für das Gemeinwohl ausgehend von den eigenen biografischen Erfahrungen und Erwartungen. Etwas abstrakter könnte man auch sagen: Gemeinwohlbezug und Selbstbezug verbinden sich und ermöglichen ein sinnstiftendes Handeln, das gesellschaftlich wertvolle Leistungen erbringt und die eigene Persönlichkeitsentwicklung befördert.

Die Initiative „Ich bin dabei“ zeigt eindrucksvoll, dass ein solches Vorgehen, das den Bürger/innen Freiräume für eigene Initiativen eröffnet, neues Engagement generiert. Das Spektrum reicht dabei von stärker freizeitbezogenen Initiativen, die für das Zusammenleben und die Lebensqualität in der Gemeinde eine große Bedeutung haben, bis hin zu Projekten, die an gesellschaftlichen Problemen ansetzen und neue Formen der Unterstützung für Flüchtlinge, für ältere Menschen oder für den Naturschutz erbringen.

Für eine nachhaltige Engagementpolitik in den Kommunen, die an diesen veränderten Haltungen der Bürgerinnen und Bürger anknüpfen will, bedeutet dies, dass entsprechende **Freiräume** für neue Initiativen bürgerschaftlichen Engagements eröffnet werden müssen. Damit sich neue Initiativen entwickeln können, braucht es aber **organisatorische Rahmen** in Form von Netzwerken, Projekten, lokalen Anlaufstellen und Vereinen, in denen die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement begleitet werden.

2. Kommunale Einbindung und Kooperation mit Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung

Mit ihrer Verortung in den Kommunen und ihrer Kooperation mit Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung verfolgt die Initiative eine kluge Strategie, die auch in der Engagementforschung und in der Fachdebatte als Voraussetzung für eine gelingende Engagementförderung gesehen wird. Bürgerschaftliches Engagement hat seinen Ort häufig im lokalen Gemeinwesen. Darüber hinaus ist die Kommune mit ihrer Doppelstruktur „als politische Kommune und zivilgesellschaftliche Bürgergemeinde“, wie dies der Politikwissenschaftler Helmut Wollmann (2004) genannt hat, auf das Engagement ihrer Bürger angewiesen. Die Bürgerinnen und Bürger erbringen wertvolle Dienstleistungen, zum Teil erfüllen sie sogar Pflichtaufgaben der Gemeinden, wenn man an die Sicherung des Brandschutzes durch die Freiwilligen Feuerwehren denkt.

Das heisst, Kommunen leben vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger und sind auf deren freiwilliges Engagement angewiesen, können es aber nicht einfordern oder erzwingen. Deshalb ist es so wichtig, in der Gemeinde ein Klima und gute

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Bürgerbeteiligung und –engagement ermöglichen und immer wieder neu hervorbringen.

Umgekehrt gilt aber auch: Eine lebendige lokale Zivilgesellschaft braucht die Unterstützung durch die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltung und basiert auf einer guten Kooperation zwischen den drei Instanzen: Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft.

- **Unterstützung durch die kommunale Spitze und ein eindeutiges Bekenntnis für eine kommunale Engagementpolitik**

Von Seiten der politischen Spitze braucht es ein eindeutiges Bekenntnis für eine kommunale Engagementpolitik und –förderung (vgl. Hartnuß 2013, S. 43; Jakob/Koch 2007). Bürgermeister, Landräte oder auch einzelne Dezernent/innen und Beigeordnete übernehmen eine wichtige Rolle, um ein solches Bekenntnis glaubhaft zu vermitteln und mit entsprechenden Maßnahmen und Ressourcen mit Leben zu füllen. In ihren leitenden Positionen können sie Anstöße für neue Entwicklungen geben, Prozesse der Leitbild- und Strategieentwicklung anregen und Ressourcen bereit stellen. Aufgrund ihrer Doppelfunktion an der Spitze von Politik und Verwaltung und der damit verknüpften Personalverantwortung verfügen sie über Einfluss, ob z.B. Personalressourcen für die Engagementförderung zur Verfügung gestellt werden. Ihre Zugänge zu den politischen Parteien sind wichtig, um Kommunalpolitiker/innen für Vorhaben zu gewinnen.

- **Zur Rolle des Kommunalparlaments**

Auch das Kommunalparlament spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements geht. Ein Gemeinderatsbeschluss, mit dem eine zuvor gemeinsam mit den Bürgern entwickelte Engagementstrategie oder die Einrichtung einer lokalen Anlaufstelle für Engagementförderung beschlossen werden, ist ein wichtiges Signal in der Gemeinde.

- **Kooperation mit der Kommunalverwaltung**

Die Initiativen aus der Politik können nur dann umgesetzt werden, wenn es in der Verwaltung Fachkräfte gibt, die diese Vorschläge mittragen und das Projekt aus ihrer fachlichen Perspektive angehen.

Dasselbe gilt auch für Anstöße und Initiativen, die aus der Bürgerschaft kommen. Insbesondere Ideen und Projekte, die Themen der kommunalen Daseinsvorsorge betreffen, sind auf die Zustimmung und die fachliche Expertise der Verwaltung angewiesen. Außerdem können auch **Fachkräfte aus Verwaltungsbereichen wie der Kinder- und Jugendhilfe oder der Altenhilfe** selbst Projekte bürgerschaftlichen Engagements anregen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf den Weg bringen können.

Für eine erfolgreiche lokale Engagementförderung braucht es des weiteren eine **Anlaufstelle in der Kommunalverwaltung**, die sowohl als Ansprechpartner für einzelne Bürgerinnen und Bürger als auch als Instanz für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Verfügung steht. Da Engagementförderung eine Querschnittsaufgabe ist, hat es sich als vorteilhaft erwiesen, wenn eine solche Stelle beim Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin angesiedelt ist. In kleineren Gemeinden wird diese Aufgabe auch von der politischen Leitung selbst übernommen.

Insgesamt gilt, dass eine gelingende lokale Engagementförderung neue Formen des Umgangs und der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger/innen braucht und zugleich hervorbringt, wenn eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe stattfindet.

- **Ein neuer Politikstil und mehr Bürgerbeteiligung**

Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und die Sicherung ihrer Nachhaltigkeit erfordern einen Politikstil, der **nicht** durch Vorgaben und Steuerung bestimmt ist, sondern durch dialogische Verfahren und einen kooperativen Arbeitsstil. In der politikwissenschaftlichen Debatte wird diese Anforderung unter Stichworten wie „lokale Governance“ (Walk/Schwab 2007) und „kooperative Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2010) geführt. Dabei geht es um einen Politikstil, der die Bürgerinnen und Bürger in ihren Belangen ernst nimmt und sie – stärker und anders als bislang – an politischen Entscheidungen in der Kommune zu beteiligen. Die beiden Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli und Jochen Stopper (2006, S. 9) haben bereits vor einiger Zeit in ihrer Untersuchung zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Rheinland-Pfalz der Kommunalpolitik empfohlen, die Bürger bei der Entwicklung von Problemlösungen und neuen Unterstützungsstrukturen einzubeziehen und die Selbstorganisation der Bürger zu stärken. Dies erfordert, neue Formen zu entwickeln, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist nicht von Strukturen zur Bürgerbeteiligung zu trennen. **Engagement ist Bürgerbeteiligung** und braucht – damit es nicht auf seine Rolle als Dienstleistung reduziert wird – Bedingungen, die Mitsprache und Mitentscheidung ermöglichen.

3. Infrastrukturen lokaler Engagementförderung

Für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind entsprechende Infrastrukturen notwendig. Damit sind Formen, Programme und Einrichtungen gemeint, mit denen das Engagement vor Ort unterstützt wird. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung von Vereinen in Sport, Kultur, Naturschutz usw. Selbst vergleichsweise kleine Beträge oder auch die Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln sind wichtig, um Engagement zu ermöglichen.

Angesichts des Strukturwandels des Engagements und der veränderten Zugänge zu einem Engagement braucht es aber auch **neue** Infrastrukturen. Ein Beispiel für solche neuen Infrastrukturen ist sicherlich die Initiative „Ich bin dabei!“. Damit ist ein Projektrahmen geschaffen worden, mit dem gezielt Menschen einer bestimmten Altersgruppe angesprochen werden, um sich gemeinsam mit anderen zu engagieren. Die Zusammensetzung der lokalen Moderationsteams ist im Übrigen ein schönes Beispiel für die Kooperation der verschiedenen Projektbeteiligten.

Zu den neueren Infrastruktureinrichtungen gehören Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerstiftungen und sonstige Kontakt- und Anlaufstellen zur lokalen Engagementförderung. Sie beraten und vermitteln Bürgerinnen und Bürger in ein Engagement, beraten Organisationen in Fragen der Freiwilligenkoordination, entwickeln neue Projekte, erproben neue Kooperationen wie Marktplätze und Freiwilligentage mit Unternehmen und haben insgesamt den Auftrag, das Engagement vor Ort zu stärken. Dies erfordert fachliches Wissen, rechtliche Kenntnisse, methodisches Können und ist deshalb eine professionelle Aufgabe, die qualifiziertes Personal erfordert.

Für eine nachhaltige Engagementpolitik sind solche lokalen Infrastruktureinrichtungen unverzichtbar. In einem Teil der Kommunen sind in den letzten Jahren Freiwilligenagenturen und vergleichbare Einrichtungen geschaffen worden. Sie sind jedoch zumeist mit sehr beschränkten Finanzmitteln ausgestattet und in ihrer Existenz gefährdet.

Die Sicherstellung einer stabilen finanziellen Basisabsicherung solcher Infrastruktureinrichtungen bleibt deshalb eine Herausforderung. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Kommunen allein mit dieser Aufgabe überfordert sind. Notwendig wären Finanzierungsmodelle, an denen sich die Länder und der Bund beteiligen. Ob die vom Bundesfamilienministerium und sechs Stiftungen gegründete Initiative „Engagierte Stadt“ oder die geplante Deutsche Engagementstiftung hier Verbesserungen bringen, muss sich erst noch erweisen.

4. Netzwerke lokaler Engagementförderung

Bei der Entwicklung einer nachhaltigen Engagementpolitik ist darauf zu achten, dass die klassische Vereinsförderung und Unterstützung neuer Infrastruktureinrichtungen nicht gegeneinander ausgespielt werden und keine neuen Konkurrenzen entstehen. Beide Unterstützungsformen haben ihre Berechtigung und bedienen unterschiedliche Engagementstrukturen. Vor Ort muss es vielmehr darum gehen, über die eigene Organisation hinausgehend neue Kooperationen und Netzwerke aufzubauen, die gemeinsam an der Förderung von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung in der Stadt oder Gemeinde arbeiten.

5. Unterstützung durch die Landespolitik

Auch das lässt sich aus der Initiative „Ich bin dabei!“ und auch aus dem Jugendprojekt „Jugend beteiligt“, aus den Demokratietagen sowie aus den Erfahrungen anderer Projekte lernen: die wichtige Rolle, die die Landespolitik für die Engagementförderung spielt. Mit der landespolitischen Unterstützung werden Ressourcen in Form von Wissen, Beratungsleitungen und finanziellen Mittel bereitgestellt, mit denen übergreifende Aufgaben wie in der Initiative die Strategiewerkstätten und die Projektleitung finanziert werden. Darüber hinaus haben die landespolitischen Aktivitäten einen hohen symbolischen Wert, weil damit das Engagement der Bürgerinnen und Bürger anerkannt und aufgewertet wird und **politisches Gewicht** bekommt.

III. Schlussfolgerungen und Anregungen

Zum Schluss möchte ich noch auf einige Punkte hinweisen, die aus meiner Sicht notwendig sind, wenn es um einen Erhalt und eine Weiterentwicklung der Strukturen gehen soll, wie sie zum Beispiel mit der Initiative „Ich bin dabei!“ entstanden sind.

1. Unterstützung durch Kommune

Um die Gruppen, Initiativen und Projekte, die in den letzten zwei Jahren im Rahmen der Initiative „Ich bin dabei!“ entstanden sind, weiter zu führen, muss es von Seiten der jeweiligen Stadt und Gemeinde eine Bekenntnis zu den neu entstandenen Engagementstrukturen geben, und sie müssten unterstützt werden. Nach meinem Eindruck zielt die Diskussion der „Gemeinsamen Erklärung“ der Ministerpräsidentin und der Kommunen darauf, ein solches Bekenntnis und Leitbild für die Engagementförderung zu entwickeln.

Um die Projektgruppen weiterhin zu unterstützen, ist ihre Anbindung an eine Engagement fördernde Organisation wie eine Anlaufstelle in der Kommunalverwaltung, eine Freiwilligenagentur, eine Kontaktstelle für Ehrenamt, ein Mehrgenerationenhaus oder eine vergleichbare Infrastruktureinrichtung wichtig. Einzelne Projektgruppen könnten auch unter das Dach eines größeren Verbandes schlüpfen. Da müsste dann allerdings sicher gestellt sein, dass die Gruppe weiter unabhängig arbeiten kann.

2. Unterstützung durch das Land

Um überregional Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, sollten ein landesweites Netzwerk und eine landesweite Anlaufstelle etabliert werden. Deren Aufgabe besteht auch darin, fachliche Expertise in Form von Workshops und Fachtagungen bereit zu stellen, damit sich die Gruppen und das Gesamtprojekt weiter entwickeln können.

3. Die junge Generation nicht vergessen!

Die Initiative ist auf die Gruppe der älteren Menschen in der nachberuflichen Phase orientiert. Dies ist ohne Zweifel eine wichtige Personengruppe für bürgerschaftliche Aktivitäten vor Ort.

Dabei gilt es aber, die jungen Leute nicht zu vergessen. Bürgerschaftliches Engagement wird in der Jugend gelernt. Fast die Hälfte der heute Engagierten hat ihre ersten Engagementenerfahrungen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren gemacht (vgl. Picot 2006). Derzeit die Bedingungen zum Engagementlernen für Kinder und Jugendliche grundlegend. Angesichts des Ausbaus der Ganztagschulbildung sind deshalb neue Ansätze zu entwickeln, wie das Engagementlernen stärker mit schulischem Lernen verbunden werden kann. Dabei sind die Schulen gefragt, aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die Vereine in Sport, Kultur und Umweltschutz und die Jugendverbände.

Schlussbemerkung

Bürgerschaftliches Engagement ist eine **wertvolle** und eine **verletzliche** Ressource. **Wertvoll**, weil sie den Bürgerinnen und Bürger ein sinnstiftendes Handeln und gesellschaftliche Mitwirkung ermöglichen. Der gesellschaftliche Wert des Engagements ergibt sich daraus, dass die Bürger/innen mit ihrem Engagement wertvolle Dienstleistungen erbringen und zur Bewältigung von Problemen beitragen. Darüber hinaus trägt das Engagement zur Lebensqualität und zum Zusammenhalt im Gemeinwesen bei.

Dieses Engagement ist auch ein **verletzliches und gefährdetes Gut**. Verletzlich durch zu **wenig** aber auch durch zu **viel** Geld. Wenn z.B. Mittel für die Engagementförderung gekürzt werden oder für Infrastrukturen nicht bereit gestellt werden, kann dies das Engagement letztendlich gefährden. Zu **viel** Geld spricht die Entwicklung an, die unter dem Stichwort einer **Monetarisierung des Engagements** derzeit und demnächst ja auch hier bei einer Tagung in RLP verhandelt wird. Wenn bürgerschaftliches Engagement stundenweise bezahlt wird, wird es zu einer gering bezahlten Erwerbsarbeit und verliert damit seinen Eigensinn als ein freiwilliges unentgeltliches Engagement.

Gefährdet ist das Engagement auch noch in anderer Hinsicht: Wenn es z.B. als **Lückenbüßer** für beruflich zu erbringende Arbeit in sozialen oder kulturellen Einrichtungen missbraucht wird oder auch **das Umgekehrte**: wenn das Engagement angesichts des Ausbaus sozialstaatlicher Leistungen und professioneller Dienste an den Rand gedrängt wird. Letzteres lässt sich derzeit in der ambulanten Hospiz- und Palliativarbeit beobachten, wo mancherorts, durch den Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung die Ehrenamtlichen in den ambulanten Hospizdiensten verdrängt werden.

All das verweist auf die Notwendigkeit einer durchdachten und nachhaltigen Engagementpolitik, die den Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements respektiert. Der Bürgermeister von Arnsberg, Hans-Josef Vogel, hat dafür einen schönen Begriff geprägt, den ich an den Schluss meines heutigen Beitrags setzen möchte. Herr Vogel fordert eine „**bürgerschaftliche Achtsamkeit**“ (Vogel 2013, S. 33). Bevor politische Entscheidungen getroffen, Programme implementiert und neue Strukturen etabliert werden, muss überprüft werden, welche Folgen dies für das bürgerschaftliche Engagement vor Ort haben kann.

Kontakt:

Prof. Dr. Gisela Jakob

Hochschule Darmstadt

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

Adelungstr. 51

64283 Darmstadt

Tel.: 06151/168967

Email: gisela.jakob@h-da.de

Rede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer

**anlässlich der Veranstaltung
Nachhaltigkeit der Initiative „Ich bin dabei!“ sichern**

**am 2. September 2015, 14.45 Uhr – 16.00 Uhr
in der Staatskanzlei, Festsaal**

**Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Ortsbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der
Moderationsteams,
sehr geehrte Frau Professor Dr. Gisela Jakob,
sehr geehrte Gäste!**

Ich freue mich sehr, dass wir heute einen guten Anlass haben zusammenzukommen. Es ist ein Tag der Selbstvergewisserung: Wo stehen wir mit unserer Initiative? Wir können mittlerweile auf Erfahrungen mit drei Staffeln zurückschauen. Und wir wollen nach vorne schauen.

Hierzu habe ich Sie eingeladen und freue mich sehr, dass Sie heute hier sind.

**Sehr geehrte Damen und Herren Oberbürgermeister
und Bürgermeister,**

wir haben vorhin gemeinsam während der Pressekonferenz die Erklärung unterzeichnet. Ich freue mich sehr, dass wir zu einem solchen positiven Ergebnis gekommen sind.

Ihnen ein herzliches Willkommen und jetzt schon ein herzliches Dankeschön.

**Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeisterinnen und
Bürgermeister der Ortsgemeinden,**

über Ihr Kommen freue ich mich ganz besonders, denn Sie tragen die Initiative dort entscheidend mit, wo sie unmittelbar vor Ort wirkt. Schon jetzt danke ich Ihnen.

Herzlich willkommen.

**Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der
Moderationsteams,**

sie selbst sind allermeist ehrenamtlich tätig. Besonders Ihr Kommen gibt mir Mut anzunehmen, dass unsere Initiative weiter wirken kann und wird. Denn Sie stehen und handeln an der Schnittstelle zwischen

der Kommunalpolitik, der Kommunalverwaltung und dem ehrenamtlichen Bürgerengagement. Ihre Arbeit ist eine dienende Arbeit, ohne die die vielen Projektgruppen nicht zu ihrem eigenen Weg gefunden hätten. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre sensible, kreative und uneigennützig Arbeit und freue mich ganz besonders, dass wir gemeinsam mit Ihnen unsere Arbeit in der Initiative bedenken können. Auch Ihnen hier schon ein herzliches Dankeschön für ihr Kommen.

Sehr geehrte Frau Professor Jakob,

ich begrüße Sie sehr herzlich und bin gespannt auf Ihre Impulse für unsere Arbeit, die wir dann gemeinsam anschließend bedenken wollen.

Ihnen ein herzliches Willkommen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

vor diesem erlauchten Kreise ist es nicht erforderlich, von der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements im Allgemeinen zu sprechen, dass eine lebendige Gesellschaft davon lebt, dass es den sozialen Zusammenhalt fördert, dass es die Kraft der Selbstverantwortung stärkt und das demokratische Gemeinwesen unterstützt.

Das bürgerschaftliche Engagement geschieht vor allem auf der Ebene der Kommunen. Es benötigt gute Rahmenbedingungen, damit es sich entfalten kann.

All das Gesagte gehört zu Ihrer alltäglichen Arbeit. Unsere Initiative "Ich bin dabei!" steht auf diesem Boden.

Da wir nun sehr viele gute Erfahrungen mit unserer Initiative vor Ort gemacht haben, schien es uns sinnvoll, gemeinsam eine Selbstvergewisserung vorzunehmen.

Alle anwesenden Bürgermeister und die Bürgermeisterin der teilnehmenden Kommunen haben die Ihnen vorliegende Gemeinsame Erklärung unterschrieben. So haben wir eine Basis, auf der wir gemeinsam die nächsten Schritte bedenken können.

Anknüpfend an die oben erwähnten Grundlagen für ein ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement stellen die Unterzeichner fest, "dass sie sich **„einig (sind), den begonnenen Weg nachhaltig weiterzuführen.“**

Auch darüber, was wir mit einer nachhaltigen Wirkung konkret meinen, haben wir uns verständigt. Es heißt dort: Eine nachhaltige Wirkung **„gelingt umso mehr, je stärker der Austausch und die Vernetzung zwischen den Engagierten und ihren Gruppen (...) ge-**

staltet wird. Dies zu organisieren, ist eine wichtige Aufgabe des Landes und der Kommunen."

Dass wir auch weiterhin voneinander und miteinander lernen wollen, ist ebenfalls festgehalten. Ganz besonders jedoch freue ich mich über folgenden Satz: **„Wir sind uns sicher: Es lohnt sich, weitere Städte, Gemeinden und Kreise für diesen Weg zu gewinnen."**

Abschließend wird festgestellt, dass die Kommunen ihre Erfahrungen und Kenntnisse für weitere Vernetzung zu Verfügung stellen wollen und dabei Unterstützung durch das Land **„beispielsweise in Form von Treffen der entstehenden Netzwerke, der Moderationsteams, der Projektgruppen themenfeldbezogen, sowie durch Ausrichtung von Fachkongressen im Rahmen der zeitlichen und sonstigen Möglichkeiten"** erhalten werden.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

ich bin der Frau Bürgermeisterin und den Herren Bürgermeister der teilnehmenden Kommunen sehr dankbar für diese Grundlage. Es ist ja nicht nur gesagt, dass jede Kommune auf dem Boden unseres gemeinsamen Ansatzes der Initiative weitermachen will. Vielmehr ist ausdrücklich festgehalten, dass wir gemeinsam den Weg weitergehen, und dass wir die erfolgreiche Arbeit in der Projektphase gemeinsam nachhaltig fortführen.

Dabei denke ich ganz besonders an Sie, die Mitglieder der Moderationsteams. Sie haben das Neue erfolgreich vor Ort realisiert und sehen jetzt: Ihre Arbeit ist so richtig und wichtig, dass sie mittel- und langfristig stabilisiert werden sollte.

Die Nachhaltigkeitsphase hat ja an manchen Standorten schon begonnen. So freut es mich, beispielsweise berichten zu können, dass zur Zeit in sechs Kommunen die ersten Vorbereitungen anlaufen, jeweils eine zweite Projekte-Werkstatt in diesem Herbst für die Senioren beginnen zu lassen.

Wenn wir auch erst im kommenden Januar einen gesamten Ergebnisbericht der Initiative vorlegen können und werden, so kann ich für die Landesregierung doch schon jetzt Folgendes feststellen:

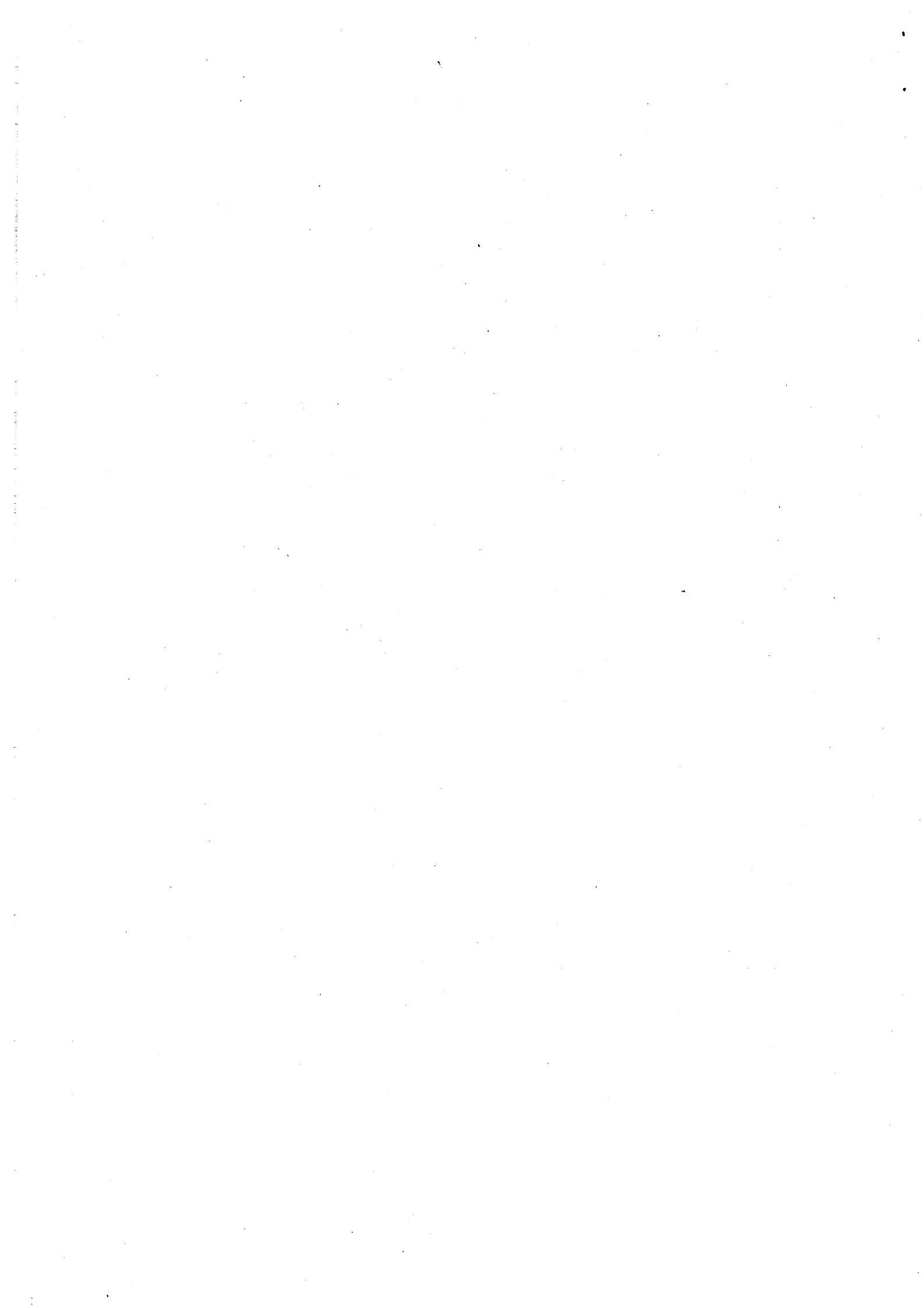
1. *Wir werden die Initiative verbreitern und weitere Kommunen für eine Teilnahme gewinnen.*
2. *Wir werden die Initiative vertiefen, indem wir für die jetzt schon beteiligten Kommunen einen systematischen nachhaltigen Austausch über die kommunalen Grenzen hinweg landesweit planen und realisieren und zwar*
 - *für die Projektgruppen mit gleichem Themen,*
 - *für die „Kümmerer“, die es in jeder Projektgruppe gibt,*

- für die Moderationsteams, wobei wir diesen Austausch für die 1. Staffel schon praktizieren,
 - für die Bürgermeister, die hierdurch immer größere Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
3. Und wir werden die Initiative reflektieren und mit anderen (Wissenschaftlern und Experten) diskutieren, um unsere Erfahrungen in den Horizont deutschlandweiter Entwicklungen zu stellen und unser Konzept weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesen Feststellungen, Überlegungen und Hinweisen können wir uns nun gut auf die Ausführungen von Frau Professor Dr. Jakob einstellen, um auf diesem Hintergrund unseren Austausch über Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven fortzuführen.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.



Festakt Nachhaltigkeit der Initiative „Ich bin dabei!“ sichern

am 2. September 2015

Einführung von Bernhard Nacke

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne schließe ich mich der Begrüßung von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer an und will jetzt nur wenige Aspekte ins Gedächtnis rufen und auf einige Erfahrungen hinweisen, die wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben.

Unsere erste Aufgabenstellung, mit den Moderationsteams neue Möglichkeiten der kommunalpolitischen Ehrenamtsförderung zu finden und zu erarbeiten, hat viele Anregungen erbracht, die in den jeweiligen Kommunen je unterschiedlich umgesetzt werden. Manche der angedachten Möglichkeiten sind noch nicht realisiert, so dass hier Aufgaben liegen, die Teil unserer Frage nach Nachhaltigkeit sein können.

Mit den Ihnen zugesandten Plakaten von der 1. und 2. Staffel ist die zweite Aufgabenstellung angesprochen, Seniorinnen und Senioren für ein gemeinsames Engagement zu gewinnen. Dabei ist allen bekannt, dass sich viel mehr Menschen als erwartet auf diesen neuen Weg des freiwilligen Engagements der Seniorinnen und Senioren begeben haben. Auch die 3. Staffel, die in diesem Frühjahr begonnen hat, zeigt ähnliche Ergebnisse.

Einmal möchte ich hier festhalten, zu unserer Arbeitsweise gehört auch die Erfahrung, dass einzelne Gruppen ihre Bemühungen einstellen, dass einzelne Personen sich aus ihrer Gruppe verabschieden. Gerade weil es über die einzelnen Projektgruppen hinweg in der gesamten Projekte-Werkstatt nicht selten einen Zusammenhalt gibt, eine Atmosphäre des Miteinanders, finden diese Menschen neue Wege zu neuem Engagement in anderen Gruppen. Also das Miteinander zwischen den einzelnen Projektgruppen hat einen eigenständigen Stellenwert. Ich hatte immer wieder den Eindruck, dass unsere Bürgermeisterin und Bürgermeister dieser Atmosphäre schätzen, weil sich zeigt, hier ist die eigene Motivation, die Freude am Tun unmittelbar lebendig. Das ist ein großer Wert! Wie erhalten wir diesen Ort, dieser Atmosphäre, diese Motivation?

Ein Wort zu unserer Arbeitsweise in den Projekte-Werkstätten: Sie ist eine neue Kommunikations- und Arbeitsform. Wenn wir diese schätzen und beibehalten wollen, dann dürfen wir bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Denn einerseits sind unsere Seniorinnen und Senioren lebenserfahren. Aufgrund ihrer Erfahrungen lassen Sie sich nicht mehr auf alles Mögliche ein. Ihre Interessen wollen sehr präzise beachtet werden. Wenn das Moderationsteam, wenn die Kommunalpolitiker dies tun, dann zeigt sich andererseits, dass unsere Seniorinnen und Senioren sehr eigenständig, sehr verlässlich, sehr verantwortlich und ganz besonders sehr engagiert sind. Nur so erklärt sich die Buntheit der Projekte und das außerordentliche Engagement vieler. Diese neue Kommunikations- und Arbeitsform ist so etwas wie ein neuer Raum des Miteinanders in den Kommunen. Einen solchen Raum zu schützen und zu pflegen, gehört meines Erachtens auch zu einem Konzept der Nachhaltigkeit unserer Initiative vor Ort.

In der Nachhaltigkeitsphase wird ja auch das Miteinander zu verbinden sein, was bisher getrennt gestaltet wurde. Es ist einerseits die kommunalpolitische Unterstützung der Vereine und der freiwilligen Gruppen und es sind andererseits die neu entstehenden Projektgruppen in der Projekte-Werkstatt. Hier tun sich viele Möglichkeiten der Gestaltung auf, die unter anderem das Ziel verfolgen, alle Gruppen in der Kommune bedürfen einer Gleichbehandlung, soweit dies möglich ist. An einigen Standorten entsteht bei dieser Aufgabenstellung eine neue Kontaktstelle, die zum Beispiel von engagierten Ehrenamtlichen geführt werden. Wenn die Initiative nachhaltig in einer Kommune verankert werden soll, dann sollte der Slogan: „Ich bin dabei!“ die Überschrift bieten.

Die Initiative nachhaltig zu verankern, heißt ja wohl dann auch: Nicht die vorherige Praxis des Umgangs mit den Engagementgruppen kommt wieder zurück, sondern unsere neue Praxis setzt sich auch auf anderen Feldern durch.

Meines Erachtens haben wir mit unserer Initiative in der jeweiligen Kommune einen neuen Gestaltungsort gefunden. Was hier in Gang gesetzt wurde, ist insbesondere das Werk der Moderationsteams. Sie sind es, die mit ihren unterschiedlichen Lebens- und Berufserfahrungen und Kompetenzen zu gemeinsamem Handeln gefunden haben, wenn man sich auch manchmal zusammenraufen musste – das gehört auch dazu. Viel wichtiger ist mir, anzusprechen, die Moderationsteams haben sich an manchen Standorten schon zu Strategieteams der Ehrenamtsförderung

entwickelt. Die Bürgermeister, die das ganze politische Geschehen im Auge behalten müssen, haben mit diesen Strategieteams einen Gesprächs- und Reflexionsort, an dem sie sachlich, Perspektiven, Ziele, Aufgabenstellungen bedenken lassen können. Eine solche Bündelung der Kompetenzen im Ehrenamtsbereich hat es vorher nicht gegeben. Wer diesen Think Tank für die weitere Ehrenamtspolitik der Kommune nicht nutzt, fällt schnell ins alte Rollenverhalten wieder zurück.

Und ein Letztes: Nicht jeder im jeweiligen Moderationsteam kann die gemeinsame Arbeit fortführen. In der Projekte-Werkstatt haben sich nicht selten Menschen gezeigt, die befähigt sind, im jeweiligen Moderationsteam aufgenommen werden zu können. Auch dieser Aspekt kann bei der Frage der Nachhaltigkeit eine Rolle spielen.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

